

Die zugemüllte Republik

Die roten Feindbilder 1918 bis 1938 und nirgends ein Austrofaschismus

„Die Demokratie ist kein Selbstzweck.“

Karl Seitz, sozialdemokratischer Bundesvorsitzender, am 20. Oktober 1932 im Nationalrat

Am Morgen des 12. Februar 1934 begannen Millionen von Österreichern ihren Arbeitstag. Die Bäcker buken Brot, die Lokomotivführer fuhren die Züge aus den Bahnhöfen, die Bauern gingen zur Stallarbeit. Die Geschäfte sperrten auf. Die Krankenschwestern versorgten ihre Patienten. Schüler und Lehrer begaben sich in die Klassenzimmer.

Der demokratisch gewählte sozialdemokratische Bürgermeister von Klagenfurt, Ing. Franz Pichler-Mandorf, plante seine kommunalen Aufgaben.

Zurück zum Start: Der Erste Weltkrieg war im Spätherbst 1918 zu Ende gegangen. Nach verschiedenen Krämpfen entstand ein neuer Staat, den es in diesen Grenzen – im Gegensatz zu den Bundesländern – vorher nie gegeben hat, bestehend aus ungefähr einem Achtel der Menschen und ungefähr einem Achtel der Gebiete der Habsburger-Monarchie.

Dieses nach heftigen Auseinandersetzungen letztlich „Österreich“ genannte Gebilde war nach den zynischen, aber wahren Worten des französischen Ministerpräsidenten Georges Clemenceau das, was vom zerschlagenen Kaiserreich übrig blieb: „L'Autriche, c'est ce qui reste.“ Ein Staat, den es vorher nie gab – und „den keiner wollte“, wie der linke Journalist Hellmut Andics völlig zu Recht diagnostizierte, und an dessen Lebensfähigkeit alle zweifelten. Alle.

So wird die praktisch einhellige Zustimmung des österreichischen Nationalrats zum Antrag des Sozialdemokraten Karl Renner verständlich, Österreich zu einem Bundesstaat des nachkaiserlichen Deutschland zu erklären. Dieses Österreich wollte 1918/1919 niemand im Inland, niemand im Ausland. Die siegreichen Alliierten verboten jedoch den Anschluss und sogar den Namen Deutsch-Österreich. Über diese Vorgänge und deren Folgen gibt es eine ausufernde Literatur.

Drei verfeindete Lager in einem abgelehnten Staat

1919 setzte sich – verkürzt gesagt – die „übrig gebliebene“ politische Landschaft zusammen erstens aus der Gruppe der Deutschnationalen, Liberalen und Nationalliberalen, die die Existenz eines selbständigen Österreich außerhalb Deutschlands grundsätzlich als indiskutabel empfanden und die später daher zumindest zu einem großen Teil für den Nationalsozialismus mit seinem Führerprinzip empfänglich waren.

Zweitens: Die Katholiken und Monarchisten träumten mit Prälat Ignaz Seipel von einer künftigen katholischen Donaukonföderation möglichst unter Führung des Hauses Habsburg. Sie waren die Einzigen, die die Idee eines neuen selbständigen Staates Österreich zunächst nicht ausschlossen und in der Folge sogar verteidigten. Der Begriff katholisch, gleichgesetzt mit christlich, war das Band jener politischen Bewegung, das gleichermaßen Amtskirche und Laien, Anhänger und Funktionäre umschlang. So verstanden sie sich selbst, so wurden sie in den Medien und werden sie in der Literatur bezeichnet. Und als nach Ende des Zweiten Weltkriegs Anfang Mai 1945 die in Wien einrückende Sowjetarmee erste Anordnungen traf, geschah dies mangels anderer Kommunikationsmittel durch einfache Blätter im A-4-Format, die an Hausmauern gekleistert wurden und mit den Worten begannen: „Kommunisten! Sozialisten! Katholiken!“

Drittens gab es die mächtige Sozialdemokratie, die eine marxistische Weltrevolution anstrebte, wofür dieses neue, kleine und unbedeutende Österreich keine Startrampe sein konnte. Der

Anschluss an Deutschland mit einer Hauptstadt Berlin war der logische erste Schritt zu höheren Zielen. Die erfolgreiche Weltrevolution sollte so etwas wie Staaten ohnehin beseitigen, denn diese galten gut marxistisch, wie der führende linke Parlamentarier Otto Bauer klarmachte, als „Repressionsinstrument“ (Unterdrückungsinstrument) der Herrschenden.

Wiederum verkürzt: Der einfachste Weg zum Endziel des Sozialismus schien nach den marxistischen Vorstellungen die Demokratie zu sein, aber nicht als gewünschte und zu verwirklichende Staatsform, sondern als Instrument zur Implantation des Sozialismus. Nach der sogenannten Verelendungstheorie des Marxismus würde auf dem demokratischen Weg über die Wahlurne ein historischer Automatismus ausgelöst werden: Immer mehr „verelendete“ Menschen würden den Endsieg des Sozialismus herbeiwählen, also dessen alleinige Macht über die Menschheit – eine den ganzen Erdball umfassende Diktatur nach den Vorstellungen von Karl Marx und Friedrich Engels.

Die zugemüllten Fakten der Ersten Republik

In den nächsten zehn, zwanzig Jahren werden die heute diktierenden Historiker und die dahinter stehenden Interessensgruppen noch das Thema der Ersten Republik besetzen und die geschichtlichen Tatsachen auf den Kopf stellen. Heute scheint die Wahrheit chancenlos. Wir haben es bei der Nationalratswahl 2024 wieder erlebt, wie die rote Agitationsmaschinerie von 99 auf 100 gepuscht und wie das marxistische Linzer Programm von 1926 mit kräftiger Hilfe des ORF und agitierender „Historiker“ inhaltlich krass verfälscht aus der politischen Modergruft in die Realität des Jahres 2024 gezerrt wurde, was aber nur den hoffnungslosen Versuch der SPÖ bewies, von ihrer historischen Schuld abzulenken.

Keine der erwähnten drei politischen Gesinnungsgemeinschaften der Ersten Republik bietet sich zur Heiligsprechung an. Das aber hätte für die ÖVP aber kein Grund sein dürfen, sich und die Vorgängerpartei widerspruchlos mit nachweislichen Unwahrheiten prügeln zu lassen.

Vielleicht werden Wissenschaftler in zwanzig, dreißig Jahren – das ist eine Hoffnung – an der Wahrheit interessiert sein, und sie sollen brauchbare Unterlagen vorfinden. Mein Buch „Die gescholtene Kriegsgeneration“ (2. Auflage Salzburg 2022) hat dazu einen Beitrag geleistet.

Am Ende des Zweiten Weltkriegs sah die Polit-Landschaft deutlich verändert aus. Die drei Gruppen aus der Endzeit der Monarchie gab es zwar immer noch. Aber das „dritte Lager“ war wegen der offenkundigen NS-Verbindungen auf Jahrzehnte kompromittiert. Die früheren Christlich-Sozialen sammelten sich in der im April 1945 neu gegründeten Österreichischen Volkspartei – sehr bewusst mit Abgrenzungen zur Ersten Republik.

Die SPÖ benutzt seither alle unterwanderten Machtpositionen, ihre Österreich- und demokratiefeindliche Rolle in der Ersten Republik nicht nur zu beschönigen, was ja irgendwie verständlich wäre, sondern dazu auch die nachweislichen Fakten in das glatte Gegenteil zu verdrehen. Das ist weder menschlich anständig noch wissenschaftlich vertretbar – und nicht einmal politisch zielführend. Der Hintergedanke, mit solchen primitiven Geschichtsklitterungen im 21. Jahrhundert Wählerstimmen zu lukrieren, ist in der SPÖ aber offenkundig unausrottbar.

Die ÖVP hätte sich aber trotzdem wesentlich engagierter für die Wahrheiten der Zeit 1918 – 1938 einsetzen müssen, die seit 1945 von der sich abwechselnd Sozialistisch und Sozialdemokratisch nennenden Partei mit Geschichtsfälschungen konsequent zugemüllt werden.

Putschbeschluss mit einer Stimme Mehrheit

Am Morgen des 12. Februar 1934, so heißt es in der Einleitung zu diesem Kapitel, habe der demokratisch gewählte sozialdemokratische Bürgermeister von Klagenfurt Franz Pichler-Mandorf seinen Arbeitstag geplant. Der fand dann aber nicht statt.

Denn kurz nach 7 Uhr früh widersetzte sich im Linzer Sozialdemokratischen Parteiheim „Hotel Schiff“ der „Republikanische Schutzbund“ unter Führung Richard Bernascheks, obwohl ihm der Bundesparteivorstand in Wien dringend abgeraten hatte, gewaltsam einer Waffensuche der

regulären staatlichen Polizei. Der Linzer Parteisekretär Bernaschek hatte im maßgeblichen Wiener Genossen Otto Bauer nur einen „jüdischen Bremser“ gesehen.

Knapp vor 8 Uhr erfuhr die Parteiführung in Wien von den Kampfhandlungen. In einer Privatwohnung beschloss ein Exekutivkomitee der Sozialdemokratischen Arbeiter-Partei (SDAP) mit einer Stimme Mehrheit die Ausrufung eines Generalstreiks und die Mobilisierung des sogenannten Republikanischen Schutzbundes, der Privatarmee dieser Sozialdemokratischen Arbeiter-Partei mit kolportierten 80.000 bewaffneten Mitgliedern.

Schon nach kurzer Zeit stellte sich heraus, dass weite Teile der roten Anhängerschaft nicht mitmachten, während die Bundesregierung auf einen solchen Putschversuch längst vorbereitet war. Der im Linzer Programm von 1926 angestrebte Bürgerkrieg und die erträumte Diktatur des „Proletariats“, gemeint also der Sozialdemokratischen Partei, fanden nicht statt. Der größte Teil des öffentlichen Lebens lief normal weiter. Der Klagenfurter Bürgermeister Ing. Franz Pichler-Mandorf und der ebenso demokratisch gewählte Kärntner Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Matthias Zeinitzer erklärten noch am selben Tag in einem Brief an den christlich-sozialen Bundeskanzler Dr. Engelbert Dollfuß ihren Austritt aus der Sozialdemokratischen Partei.

Die Führung der Vorarlberger Partei verurteilte die Linzer Ausschreitungen und versicherte, dass sich kein Sozialdemokrat in Vorarlberg an „derartigen verbrecherischen Anschlägen“ beteiligen werde. Es war bald auch klar, dass die dilettantische Kampfleitung des Schutzbundes zu keiner Zeit Aussicht auf Erfolg hatte. Die blutigen Teilaktionen versandeten in den Morgenstunden des 16. Februar 1934. Geblieben waren nach präziser Zählung des Historikers Kurt Bauer 357 Särge von Angehörigen des Schutzbunds, der Polizei, des Bundesheers, regierungstreuer Schutzorganisationen und von 112 Unbeteiligten, die durch Zufall zwischen die Fronten geraten waren.

Die Anordnung von Standgerichtsverfahren durch die Regierung wird heute von verschiedenen Seiten kritisch gesehen. Neun von 21 gefällten Todesurteilen gegen Schutzbund-Kommandanten wurden exekutiert. Die SDAP wurde verboten, wirkte aber im Untergrund und vor allem in illegalen Gewerkschaften weiter.

+

„Demokratie der Weg, Sozialismus das Ziel“

Vier Schwerpunkte der sozialdemokratischen Politik von 1918 bis 1938 lassen sich dokumentarisch festmachen:

1. Ideologiebestimmt und undemokratisch.
2. Gewaltbereit und Gewalt ausübend.
3. Anti-österreichisch und anschlussbegeistert.
4. Religionsfeindlich und geschichtsfälschend: Es gab nie einen Austrofaschismus.

Eine Auseinandersetzung mit „dem Sozialismus“ ist nicht wirklich möglich. Auch WIKIPEDIA streikt: „Es gibt keine eindeutige Definition des Begriffs.“ Die Auffassungen und Praktiken auch innerhalb der sozialistischen und sozialdemokratischen Bewegungen in den Staaten der Welt sind untereinander nicht vergleichbar, und selbst innerhalb der einzelnen Parteien ist das Meinungsspektrum mit tiefgehenden, auch persönlichen Rivalitäten unübersehbar. Die ideologische Decke ist zu kurz.

Einige „sozialistische“ Gemeinsamkeiten lassen sich aber erkennen. Zumindest für die unterschiedlich starken linken Flügelfedern stehen die Feindbilder fest:

- Voran die Familie als die Zelle jeder bürgerlichen Gesellschaftsordnung; sie wird durch die Schwächung der materiellen und biologischen Basis bekämpft: Queere und woke Illusionen genießen bis hin zum krausen Geschlechtswechsel durch abwegige Hormonbehandlungen und Operationen wie in Deutschland und Spanien die Förderung.

- Die Leistung, die eine unerlässliche Voraussetzung jeder funktionierenden Wirtschafts- und Sozialordnung ist.
- Das Eigentum, das auf den Füßen Familie und Leistung stehende Rechtsgut, das streng marxistisch immer noch als Diebstahl gilt und durch Eingriffe von Kollektiven zumindest starken Einschränkungen unterworfen werden soll.

1. Ideologiebestimmt und undemokratisch

Aus der Ersten Republik mehr oder weniger unverändert übernommen wurde in den frühen 2020er Jahren das Verständnis der Demokratie als bloßer Weg zum Sozialismus. Nach der österreichischen Nationalratswahl am 27. September 2024 kommentierten alle SPÖ-Sprecher in den Medien unisono das Ergebnis als Schaden für die Demokratie. Das war bestürzend. Man kann den Wahlausgang sehr unterschiedlich beurteilen, aber Demokratie findet nicht dort statt, wo man sich die Ergebnisse aussuchen kann. Das Recht geht eben verfassungsrechtlich vom Volk aus.

Marxismus/Sozialismus zielt unter nur vorläufiger Anerkennung des Parlamentarismus auf die Gewinnung der Staatsmacht. Dieser plakative (und plakatierte) „taktische“ Gedanke „Demokratie der Weg, Sozialismus das Ziel“ durchzieht das sozialdemokratische Linzer Programm von 1926 (und war noch 2019 der Titel einer zweitägigen Konferenz der Wiener SPÖ-Jugend.)

Daran kann nicht gedeutelt werden: Der kompetenteste Mann, der sozialdemokratische Bundesvorsitzende von 1918 bis 1934 und mächtige Wiener Bürgermeister Karl Seitz, hat dieses in der Ersten Republik bestimmende Prinzip seiner Partei an der kompetentesten Stelle, nämlich in einer Sitzung des österreichischen Nationalrats im Parlament am 20. Oktober 1932, sozusagen in Stein gemeißelt:

„Die Demokratie ist kein Selbstzweck, sie ist ein Mittel, zum Ziel zu gelangen, zum Sozialismus.“

Der Zeitgeschichtler Robert Kriechbaumer ergänzte: „(Otto) Bauer erklärte keineswegs die parlamentarische Demokratie an sich als schützenswertes Gut, sondern sah in der parlamentarischen Demokratie angesichts der dramatischen Folgen der Weltwirtschaftskrise den geeigneten Kampfboden für die Realisierung des Sozialismus. Folglich verweigerte sich die Sozialdemokratie allen Angeboten der Christlichsozialen zur Bildung einer Großen Koalition ...“

Daher war auch keineswegs die Rettung der Demokratie, sondern die Errichtung des totalitären Sozialismus das Ziel des Schutzbund-Aufstands am 12. Februar 1934. Denn in der Gelöbnisformel der Schutzbund-Kämpfer hieß es wörtlich: „Wir müssen einen rein sozialistischen Staat schaffen.“

Die parlamentarische „Demokratie von gestern“ war ein Feindbild. Endziel Otto Bauers war eindeutig eine Diktatur unter Ausschluss aller Nichtsozialisten von Einfluss und politischer Macht, wie es Karl Seitz 1932 vor dem Nationalrat ausgesprochen hatte.

Ein Staat ohne Meinungs- und Parteivielfalt ist ein totalitärer Staat, selbst wenn er ohne KZ und GULAG auskommen sollte, was auf Dauer sicher unmöglich ist. Der sozialistische Staat war eindeutig als eine dauernde Diktatur zur Zertrümmerung der bestehenden Gesellschaftsordnung konzipiert.

Die erwähnte sozialistische Sprachregelung am Abend der österreichischen Nationalratswahl vom 27. September 2024 erinnert an das geistig verwandte Wort des damaligen SP-Vorsitzenden und Vizekanzlers Bruno Pittermann, der 1966 den Wahlsieg der ÖVP mit absoluter Mehrheit nur als „Irrtum der Wähler“ verstehen konnte. Die Demokratie als Mehrheitsentscheidung der Bevölkerung und als Anerkennung dieser Mehrheitsentscheidung hat in linkes Denken noch immer keinen Eingang gefunden.

Die strikte Ablehnung der parlamentarischen Demokratie durch die Linke in der Ersten Republik wurde eindeutig und zweifelsfrei 1931 in der Praxis bewiesen: Ignaz Seipel, der 1924 ein Attentat eines linken Funktionärs mit viel Glück überlebt hat, erkannte die staatsbedrohende Explosivität der politischen Spaltung der Gesellschaft. Obwohl selber Opfer eines Mordanschlags, bot er den Sozialdemokraten den Eintritt in eine gemeinsame Bundesregierung und die demokratische Beteiligung an der Staatsmacht an.

Das Linzer Programm 1926, ein Manifest der Absage an die Demokratie, schloss jedoch die Zusammenarbeit mit „bürgerlichen“ Parteien aus, weil nur die gesamte, die ungeteilte Staatsmacht angestrebt wurde. Die ideologische Strategie hieß Klassenkampf.

Also ein rein sozialistischer Staat

Otto Bauer witterte 1931 in Seipels demokratischem Koalitionsversuch hingegen ein Zeichen des erhofften Zusammenbruchs des „kapitalistischen“ Systems und verband damit schon die Hoffnung auf die rasche Errichtung des Sozialismus, also einer linken Diktatur. Ja, der Sozialdemokrat Otto Bauer als führender Denker der Partei sagte wörtlich „Diktatur“.

Denn unter den auf das Seipel-Angebot diskutierten Optionen stand parteiintern an erster Stelle (!) schon damals eine sofortige revolutionäre Lösung. Der parlamentarische Stratege Bauer brachte dagegen keinerlei hehre demokratische Gefühle vor, sondern seine realistische und nachvollziehbare Erkenntnis des zwangsläufigen Misslingens in der gegebenen außenpolitischen (!) Situation:

„Ich glaube nicht, dass heute eine revolutionäre Diktatur in Österreich, umgeben von einer feindlichen kapitalistischen Welt, in einem Lande, das keinen Tag lang ohne fremde Rohstoffe und ohne fremde Lebensmittel leben kann, in einem Lande, das militärisch völlig wehrlos ist ... sich auch nur vierzehn Tage behaupten könnte.“ Merke: Der bestehende Staat Österreich und das Ideal der Demokratie spielten in diesen Überlegungen nicht die geringste Rolle.

Die Absage an die letzte Chance einer unblutigen Lösung durch das Seipel-Angebot beurteilte später der prominente, weit über Österreich hinaus anerkannte sozialdemokratische Wissenschaftler Norbert Leser als entscheidenden Fehler und nannte das Demokratieverständnis der Sozialdemokratie der Zwischenkriegszeit zurückhaltend „nicht lupenrein und den Anforderungen eines pluralistischen Demokratieverständnisses nicht gerecht“ werdend.

Es gibt dafür keinen unverdächtigeren Zeitzeugen als den späteren „Sonnenkönig“ Bruno Kreisky, der in seinen Erinnerungen schrieb: „Hätte man (Anmerkung: des Autors: 1931) innerhalb des sozialdemokratischen Parteivorstandes den Mut gehabt, auf das sehr nuancierte Angebot Seipels einzugehen, wäre manches sicherlich anders gekommen. Meiner Meinung nach war das die letzte Chance zur Rettung der österreichischen Demokratie. ... Ganz gewiss aber wäre es nicht zum 12. Februar 1934 gekommen.“

Zu diesen realistischen Einschätzungen passt auch die Aufdeckung des Hintergrunds der jahrzehntelang herzerreißend beklagten Anwendung des Kriegswirtschaftlichen Ermächtigungsgesetzes von 1917 durch die Regierung Dollfuß. Dieses machte es nämlich möglich, bei gewissen Themen zumindest vorübergehend das Parlament zu umgehen.

Das aus den Kriegszeiten stammende Gesetz war 1920 in die Verfassung der Republik eingebaut worden, offiziell um die Bundesregierung zur Erlassung außerordentlicher Verfügungen zur Versorgung der Bevölkerung mit lebenswichtigen Bedarfsgütern zu ermächtigen. Seine Anwendung durch die Christlich-Sozialen war nach der sogenannten Selbstausschaltung des Parlaments ein halbes Jahrhundert lang eine rote Standardklage gegen Dollfuß.

Ermächtigungsgesetz als roter Rohrkrepierer

In den 1980er Jahren wurde das Protokoll einer Sitzung der niederösterreichischen Landesleitung der Sozialdemokraten vom März 1933 zugänglich. Authentischer geht es nicht. Kein Geringerer als der erste Vizekanzler der Zweiten Republik und spätere sozialistische Bundespräsident von 1957 bis 1965, Dr. Adolf Schärf, verriet damals die Wahrheit: „... da stimmt etwas wirklich nicht. Wir [Sozialdemokraten] haben im Jahre 1920 das Kriegswirtschaftliche Ermächtigungsgesetz in die Verfassung eingebaut, um es einmal gegen die anderen anwenden zu können. Und nun ist die Büchse rückwärts losgegangen.“

Demokraten waren in der Zwischenkriegszeit sowieso dünn gesät. Objektiver Weise muss man jedoch – das sei zum Verständnis aller politischen Lager gesagt – die seinerzeitigen konkreten Polit-Verhältnisse berücksichtigen. In Kontinentaleuropa genoss die Demokratie keinesfalls das heutige Ansehen als Wert an sich. Die Weimarer Republik in Deutschland, die chaotische sozialistisch-kommunistische Volksfront in Frankreich und die Demokratiekarikaturen in den süd- und osteuropäischen Kleinstaaten boten für das neu entstandene, keineswegs gefestigte und nach Stützen seiner Existenz suchende Österreich keinen attraktiven Anreiz zur Nachahmung, um nicht zu sagen: Sie waren abschreckende Beispiele. Der realitätsferne Versuch der Sozialdemokraten, sich nachträglich zu Hütern einer demokratischen Politik aufzuplustern, ist also mehrfach lächerlich. So wurde selbst der Ablauf des 4. März 1933, des letzten Tages des Parlamentarismus der österreichischen Zwischenkriegszeit, von sozialdemokratischen Zeitzeugen ganz anders beurteilt, als heute an Universitäten und Schulen gelehrt und in den Medien geschwurbelt wird.

„Wir haben den Vorwand geliefert“

Unbestreitbar liegt die Ursache aller folgenden Ereignisse am Tagesordnungspunkt „Eisenbahnerbezüge“ unter dem Nationalratspräsidenten Karl Renner: Bei der namentlichen Abstimmung gab aus wohl niemals mehr klärbaren Gründen der sozialdemokratische Abgeordnete Abram zwei Stimmen ab.

Zu den anschließenden Streitereien sagte der Sozialdemokrat Adolf Schärf offen und objektiv: „Es war aber schwer, gegen die Tatsache anzukämpfen, dass die verkündete Mehrheit (81:80, Anmerkung) mit einer ungültigen Stimme zustande gekommen war.“

Und Otto Bauer ärgerte sich nachträglich zu Recht: „So haben wir durch Renners Demission der Regierung Dollfuß den Vorwand zur Ausschaltung des Parlamentes geliefert.“

Was diesen Vorgang zwar nicht rechtfertigt, aber relativiert.

Franz Schausberger, dem die Publizierung dieser aufschlussreichen Zitate zu verdanken ist, macht in seiner minutiösen Untersuchung des Sitzungsablaufs noch auf eine bis dahin unbekannte Skurrilität aufmerksam: Den Sozialdemokraten war in der Hektik ihrer wütenden Agitation völlig entgangen, dass sie bei der von ihnen verhinderten neuerlichen Abstimmung sogar eine Mehrheit von mindestens drei Stimmen erreicht hätten ...

Abgelehnt wird von den verschiedenen Formen des Sozialismus nach wie vor die christlich-abendländische Kultur, weswegen, von der mehrfach unglücklichen Figur Angela Merkel abgesehen, die linken Parteien die 2015 europaweit einsetzende islamische Immigration massiv förderten. Hier marschierten engstirniger Kapitalismus und zerstörerischer Marxismus wieder einmal Hand in Hand: Die Krämermentalität hoffte naiv auf billige Arbeitskräfte, der Sozialismus auf die Entstehung eines neues Proletariats, nachdem das einst vorhandene entgegen den Voraussagen des Karl Marx in Europa abhanden gekommen war. Die Reaktion der europäischen Bevölkerung auf die forcierte Zuwanderung brachte den Linken in zahlreichen Ländern, voran in Deutschland und Frankreich, aber auch in Österreich empfindliche Wahlniederlagen. Selbst die traditionell sozialistische Stammwählerschaft zeigt dafür nirgends Verständnis.

Die durch die Linken aller Schattierungen und die Einheitsmedien provozierten Triumphe der Rechtsparteien brachten Letztere zwar (noch?) nicht an die Macht, führten aber zu einem zumindest verbalen Kurswechsel der EU. Zehn Jahre zu spät. Ungeeignet, die Reputation „bürgerlicher“ Galionsfiguren und ihrer zwielichtigen Unterstützer wieder herzustellen.

2. Schon 1916 zu Gewalt und Mord bereit

Der Zweck heiligt die Mittel. Die zum Sprichwort gewordene Kurzformel des Machiavellismus beschreibt die politische Praxis nicht nur der Nationalsozialisten, sondern auch jener Partei, die – wie oben bewiesen – nach dem Ersten Weltkrieg im neu geschaffenen Österreich in aller Offenheit

die ganze politische Macht in einem rein sozialistischen Staat erringen wollte. Das zweckgeheiligte Mittel der Sozialdemokratie war die Gewalt.

Mit dem Paukenschlag der Ermordung des (noch kaiserlichen) Ministerpräsidenten Graf Stürgkh bei einem Mittagessen in einem Wiener Hotel betraten die „Roten“ 1916 lautstark die innenpolitische Bühne, zumal der Mörder noch dazu Friedrich Adler war, der Sohn des Parteigründers Viktor Adler.

Anlass war eine nicht einberufene Sitzung. Friedrich Adler demonstrierte dabei die Auffassung von sozialistischer Rechtsprechung: Er war anklagender Staatsanwalt, alleiniger Richter und gewissenloser Henker in einer Person. In der „Arbeiter-Zeitung“ waren ihm zunächst Wahnvorstellungen attestiert worden, doch wurde er rasch zum Märtyrer hochstilisiert und konnte in der NS-Zeit nach Otto Bauers Tod 1938 zum Führer der Auslandsvertretung der österreichischen Sozialisten (AVOES) avancieren.

Die Radikalität des Austromarxismus (eine politische Eigen-Bezeichnung) beschränkte sich nicht nur auf die Radikalisierung der Sprache, wie öfters beschwichtigend argumentiert wurde, sondern setzte ganz konkret auf Gewalt gegen Sachen, gegen Menschen und gegen den Staat. Die linke Kompromissphobie in der Ersten Republik hatte zu einer unaufhaltsam fortschreitenden Aufschaukelung der gegenseitigen Drohungen und zu deren unausbleiblichen Folgen geführt.

1924: Attentat auf Bundeskanzler Seipel

Vor dem Hintergrund der ständigen verbalen Hetze schoss der 29-jährige Spinnereiarbeiter Karl Jaworek aus Niederösterreich am 1. Juni 1924 am Bahnsteig des Wiener Südbahnhofs mit einem Trommelrevolver aus nächster Nähe auf Bundeskanzler Prälat Ignaz Seipel, der durch einen Lungensteckschuss lebensgefährlich verletzt wurde. Jaworeks Selbstmordversuch endete ebenfalls mit einem Lungenschuss. Er wurde noch am Bahnsteig festgenommen.

Auf Hintermänner des Attentäters gibt es bisher keine Hinweise, viele Christlich-Soziale glaubten allerdings an eine linke Verschwörung. Denn irgendjemand muss ja diesem Fanatiker die Pistole in die Hand gegeben haben, weil auch in den 1920er Jahren kein Proletarier so selbstverständlich eine Pistole bei sich trug wie ein Taschenmesser.

Der 100. Jahrestag dieses Mordanschlags auf einen amtierenden Bundeskanzler am 1. Juni 2024 wurde übrigens mit keinem Wort in der Öffentlichkeit erwähnt. Die Schande teilen sich Politik, Kirche, Wissenschaft, Medien und Stammtische.

Jaworek wurde zu fünf Jahren schweren Kerkers verurteilt. Seine Frau erhielt in dieser Zeit von Seipel eine finanzielle Unterstützung! Der Bundeskanzler war auf Grund seiner Verletzungen vier Monate arbeitsunfähig, trat zurück und wurde als Bundeskanzler am 20. November 1924 durch einen Mann seines Vertrauens abgelöst, den Salzburger Rechtsanwalt Rudolf Ramek. Dieser christlich-soziale Konsenspolitiker mühte sich von 1924 bis 1926 um ein Modell einer demokratischen Zusammenarbeit, scheiterte aber an Spott und Hohn der Wiener Sozialdemokraten.

Gleich zwei Tragödien sind mit dem Namen des kleinen burgenländischen Ortes Schattendorf verbunden, ein Reizwort selbst für sonst gesprächsfähige Sozialdemokraten. Zwei Tote gab es am 23. Jänner 1927 bei einer Auseinandersetzung zwischen rivalisierenden örtlichen Gruppen, die – wie damals üblich – bewaffnet waren: Zwei Mitglieder der „Monarchistischen Frontkämpfer“ waren in den 1. Stock eines Gasthauses geflohen und hatten von dort auf acht verfolgende sozialdemokratische Schutzbündler geschossen, von denen zwei getötet wurden.

Der zweite Teil in der bis dahin schwersten innenpolitischen Krise der Ersten Republik folgte am 15. Juli 1927: Ein Schwurgericht hatte den Schützen Notwehr zugebilligt. Zumindest mit „Notwehrüberschreitung“ war gerechnet worden. Sofort wurde von einem Fehlurteil gesprochen, zu Recht oder zu Unrecht. Die sozialdemokratische Führung legte sich Zurückhaltung auf, weil es sich um Laiengerichtsbarkeit handelte, an der nicht gerüttelt werden sollte. Die Parteipresse kannte keine Rücksichten.

Dieser rechtliche Aspekt wird bei den meisten Diskussionen bis heute immer ausgeklammert, selbst in der Darstellung des um Objektivität sehr bemühten Staatsarchivars Walter Goldberger. Nicht die Regierung Seipel, nicht eine Parlamentsmehrheit, nicht die Justizverwaltung hatte den Wahrspruch gefällt, sondern das gesetzlich zuständige, aus Richtern und Laien-Geschworenen bestehende Gericht.

Damit verliert der gewaltsamen Protest jede moralische Berechtigung und jede demokratische Legitimation. Der Justizpalast in Wien wurde von Sozialdemokraten in Brand gesteckt. Als dann noch das Parlament angegriffen wurde, erhielt die Exekutive Schießbefehl. Über 80 Todesopfer wurden gezählt.

1926 Linzer Programm, 1934 Schutzbund-Aufstand

Das Linzer Programm der Sozialdemokraten von 1926 ist die große und immer wieder verschwiegene Unbekannte der roten Geschichtsschreibung, und kaum jemand unserer Zeitgenossen hat es gelesen. Als Ziel ist die Eroberung der Staatsmacht festgeschrieben. Der ganzen Staatsmacht! Eine allfällige „Kooperation einander feindlicher Klassen“ (also mit den Christlich-Sozialen) „wird nach kurzer Zeit ... gesprengt“. Oder gar nicht eingegangen wie 1931, als Anschlagsoffer Seipel eine solche anbot, weil er die von Gewalt bestimmten Folgen der gefährlich fortschreitenden Spaltung der Gesellschaft voraussah.

Denn das Linzer Programm gestand lediglich einen kurzfristigen Kompromiss ein: „Eine solche Kooperation der Klassen kann also nur eine vorübergehende Entwicklungsphase im Klassenkampf um die Staatsmacht, aber nicht das Ziel dieses Kampfes sein.“

Die auszunützenden demokratischen Kampfmittel haben laut Linzer Programm nur den Zweck, die Herrschaft in der demokratischen Republik zu erringen. Funktioniert dieser Weg nicht, könnte die Sozialdemokratie die Staatsmacht nur noch in einem Bürgerkrieg erobern. Hier wird wörtlich genannt, was am 12. Februar 1934 exekutiert wurde und gescheitert ist, nämlich einen „Widerstand der Bürgerlichen“ gegen die beanspruchte sozialistische Alleinherrschaft mit den „Mitteln der Diktatur“ zu brechen. Das ist der Kernsatz des Linzer Programms 1926.

Der Kampf Österreichs um seine Selbständigkeit wurde von den Sozialdemokraten gerade in der kritischen Phase der 1930er Jahre unterlaufen, denn das alles spielte sich zeitgleich vor dem Hintergrund des Drucks Hitler-Deutschlands zur möglichst raschen Auslöschung Österreichs ab.

Das Koalitionsangebot Ignaz Seipels von 1931 war brüsk zurückgewiesen worden. Otto Bauer sah darin das untrügliche Anzeichen für den Zusammenbruch dessen, was er „Kapitalismus“ nannte, und verband damit die Hoffnung der Sozialdemokratie auf die Übernahme der gesamten Staatsmacht ohne den aussichtslosen Umweg über eine Volkswahl.

An den blutigen Putsch im Februar 1934 wurde am Beginn dieses Kapitels erinnert. Die kontroversielle Literatur dazu füllt Bibliotheken. Es dauerte allerdings 85 Jahre, ehe der immer noch an Bedeutung gewinnende Historiker Kurt Bauer 2019 endlich ein Buch vorlegte, das dieses Thema „herausgelöst aus ideologischer Vereinnahmung, nüchtern und sachlich analysiert“, wie Herbert Kaspar in der „Academia“ Mai 2019 rezensierte.

Kurt Bauer erforschte auch als Erster die Schicksale aller 357 Getöteten („Die Todesopfer des Februaraufstands 1934“, vierte Version 2021). Die meisten Opfer kamen aus den Lagern der Aufständischen und der mehrheitlich katholischen Verteidiger des österreichischen Staates. Der Zeitgeschichtler Franz Schausberger schildert die Beschießung vorbeimarschierender Soldaten an dem als Festung konzipierten Gemeindebau „Karl-Marx-Hof“ in Wien.

Dem Parteisekretär und Schutzbund-Führer Richard Bernaschek, der den Putsch 1934 ausgelöst hatte, gelang nach dessen Scheitern mit Hilfe eines illegalen Nazis die Flucht aus dem Linzer Gefängnis nach Hitler-Deutschland. Bei einer Pressekonferenz in München beschwor er die programmatische Verwandtschaft der Sozialdemokratie mit dem Nationalsozialismus.

Kurz danach ließ er sich am 1. Mai 1934 am Roten Platz in Moskau von der Stalin-Diktatur als großen Revolutionär feiern. Der Kommunismus wurde mit 100 Millionen Opfern rund um den Erdball die blutigste Ideologie der Menschheitsgeschichte.

Genosse Bernaschek und Gauleiter Eigruber

Nach dem Anschluss ließ sich Bernaschek mit Hilfe des berüchtigten oberösterreichischen NS-Gauleiters Eigruber im nationalsozialistischen Groß-Deutschland einbürgern, ehe er in den Widerstand wechselte.

Zwischenbemerkung: Zum Mord an Ministerpräsident Stürgkh 1916 durch einen sozialdemokratischen Spitzenpolitiker, zum Mordversuch an Bundeskanzler Seipel 1924, zum roten Sturm auf Justizpalast und Parlament 1927, zum Schutzbund-Aufstand 1934 gibt es keine Gegenbeispiele christlich-sozialer Gewalt. Trotzdem legten die früheren Christlich-Sozialen mit der Gründung der Österreichischen Volkspartei 1945 bewusst einen neuen Boden. Die Sozialdemokratie hat sich von den Morden, den Diktaturbestrebungen und der demonstrierten Demokratieförderung der Ersten Republik nie distanziert.

Prälat Ignaz Seipel genoss in der aufgeheizten Atmosphäre der Ersten Republik sogar bei seinem politischen Gegner hohes moralisches Ansehen. Nach Seipels Tod am 2. August 1932 schrieb Otto Bauer in seinem Nachruf in der „Arbeiter-Zeitung“: „An seiner Bahre können auch wir von ihm sagen: Er war ein Mann, nehmt alles nur in allem! Der Soldat verweigert dem gefallenen Feind die letzten militärischen Ehren nicht. So schicken auch wir dem großen Gegner drei Salven über die Bahre.“

Weitgehend unbekannt ist auch, was 1922 im Nationalrat anlässlich der hitzigen Polemiken um die sogenannte „Genfer Sanierung“ geschah. Zur Abwendung eines Staatsbankrotts war Seipel gegen harte Bedingungen die Gewährung einer Anleihe des „Völkerbundes“ gelungen. Es mussten u. a. Beamtenabbau und Massenentlassungen erfolgen und eine Art „Anschlussverbot“ akzeptiert werden. Die Sozialdemokraten liefen in der Öffentlichkeit und im Parlament Sturm und stimmten gegen die meisten der zahlreichen notwendigen Gesetzesbestimmungen.

Selbstverständlich ist ein so umfassendes und einschneidendes Maßnahmenpaket ohne mehrfache Änderung von Verfassungsbestimmungen nicht möglich. Dass die – dann letztendlich erfolgreiche – Sanierung doch noch beschlossen werden konnte, ist Otto Bauer zu verdanken! Die Sozialdemokraten lehnten bei den Abstimmungen im Parlament fast alle Punkte mit vernichtenden Kommentaren ab. Ohne großes Aufsehen verschafften sie Seipel dort, wo es erforderlich war, die verfassungsmäßig notwendige parlamentarische Zwei-Drittel-Mehrheit ...

Ein historischer Handschlag und ein historischer Wortbruch

Weil die Christlich-Sozialen und Dollfuß nach der Niederschlagung des Februar-Putsches nicht einfach zur Tagesordnung übergingen wie nach einem verregneten Sonntagsausflug, überschüttete die Linke den politischen Gegner, also die katholischen Laien und Amtsträger, mit schwerwiegenden Vorwürfen. Dass sowohl Dollfuß wie auch die sozialdemokratische Parteiführung von den Ereignissen des 12. Februar überrollt wurden, was der Zeithistoriker Robert Kriechbaumer anmerkte, wird bis heute ignoriert.

Hier sei ein kurzer Vorgriff auf die Zeit gestattet, als Österreich innerhalb und außerhalb der Landesgrenzen in seiner Existenz endlich akzeptiert wurde, nämlich nach dem Staatsvertrag 1955: Damals wuchs die Erkenntnis, dass es für eine positive Zukunft Österreichs eines endgültigen Schlussstrichs unter die unselige Zwischenkriegszeit bedurfte, in der sich niemand ganz frei von Schuld fühlen konnte. Das sichtbare Zeichen dieser Einsicht war 1964 der Handschlag des (aus dem KZ gekommenen) ÖVP-Obmanns Bundeskanzler Alfons Gorbach mit dem SPÖ-Vorsitzenden Vizekanzler Bruno Pittermann – 30 Jahre nach den Schüssen in der oberösterreichischen Parteizentrale im Linzer „Hotel Schiff“, als viele persönlich Betroffene noch lebten.

50 Jahre später, 2014, schien die Wiederholung des Handschlags zwischen dem SP-Bundeskanzler Faymann und dem VP-Vizekanzler Spindelegger diese Erkenntnisse zu bestätigen. Mit dem Grundkonsens „Leben und leben lassen“ reifte Österreich zu einem lebenswerten Land. Im anschließenden Jahrzehnt wurde dieser bewusst zerstört. Die SPÖ hat sich nicht mehr an den Handschlag gebunden gefühlt und den Wortbruch vollzogen. Sie kehrte zur Spaltungspolitik der Zwischenkriegszeit zurück, wonach Demokratie nur der Hebel zur Errichtung des Einheitssozialismus ist.

Unumkehrbar wäre der Anschluss gewesen, wenn der sozialdemokratische Putsch am 12. Februar 1934 erfolgreich gewesen wäre. Es hatte ohnehin neun Monate gedauert, bis die Sozialdemokraten als Partei programmatisch auf die nationalsozialistische Machtergreifung in Deutschland am 30. Jänner 1933 reagierten.

Das Schlusswort zu diesen Überlegungen wird hier dem Theologen und Historiker Gerhard Hartmann gegeben, der in seiner im Sommer 2024 erschienenen Untersuchung zum Dollfuß-Mord vor 90 Jahren resümierte:

„Wie immer man zu Dollfuß und dem ‚Ständestaat‘ stehen mag, ihnen ist zu verdanken, dass der Plan Hitlers, Österreich schon 1933/34 einzuverleiben, vereitelt wurde. Wäre das geschehen, dann wäre ein Wiedererstehen Österreichs 1945 wesentlich schwieriger, wenn nicht sogar unmöglich gewesen.“

3. Antiösterreichisch und anschlussbegeistert

Ein Fixpunkt der sozialdemokratischen Politik nach der Zerschlagung der Monarchie 1918 war der Anschluss an Deutschland und damit die alternativlose Ablehnung der Existenz eines unabhängigen Staates Österreich. Man könnte sich mit drei Beweisen begnügen:

- Ein Kernsatz des Linzer Programms von 1926 offenbart: „Die Sozialdemokratie betrachtet den Anschluss Deutsch-Österreichs an das Deutsche Reich als notwendigen Abschluss der nationalen Revolutionen von 1918.“ Dieses Programm schreibt durchgehend von „Deutsch-Österreich“, obwohl diese Bezeichnung schon sieben Jahre vorher von den Siegermächten des Ersten Weltkriegs verboten und daher ungebräuchlich geworden war. Das Wort oder besser gesagt das rote Unwort „Österreich“ durfte im Parteiprogramm nicht aufscheinen.
- Dr. Karl Renner, ein wichtiger Parteiführer in der Ersten Republik und auf SPÖ-Vorschlag erster österreichischer Bundespräsident nach dem Zweiten Weltkrieg (1945 – 1951), begrüßte in einem Zeitungsinterview am 3. April 1938 den Anschluss, um den er seit der Republikgründung am 12. November 1918 gerungen habe, „mit freudigem Herzen“ und betrachte ihn nun als wahre Genugtuung und große geschichtliche Tat. In einem Manuskript lobte er die „beispiellose Beharrlichkeit und Tatkraft der deutschen Reichsführung“. Diese hatte bekanntlich einen Namen: Adolf Hitler, dessen Diktatur 1938 schon fünf Jahre gedauert hatte.
- Bereits zwei Tage zuvor, am 1. April 1938, hatte Otto Bauer als Leiter der AVOES, der Auslandsvertretung der österreichischen Sozialisten, bei der Verabschiedung einer „Brüsseler Deklaration“ gesagt, dass der Anschluss Österreichs an Deutschland nicht rückgängig gemacht werden dürfe. Er verwarf namens der „österreichischen Sozialisten“ eine Wiederherstellung eines unabhängigen Österreichs als Ziel des entschlossenen Kampfes gegen die hitlerfaschistische Gewaltherrschaft. Dann wörtlich: „Es wäre eine reaktionäre Vorstellung, nach dem Sturz Hitlers für eine Lostrennung Österreichs von Hitler-Deutschland [sic] einzutreten ...“ Nach Bauers Tod am 5. Juli 1938 in Paris übernahm der Meuchelmörder Friedrich Adler die AVOES und torpedierte in dieser Funktion alle Bestrebungen, Österreich international als selbständig zu positionieren. Er beharrte auf der Anschlussidee auch noch, als Adolf Schärf 1943 das Steuer umgelegt und dem Anschluss widersagt hatte. Adler schaffte die Wende seiner Partei nie, und zum Abschluss des Staatsvertrags 1955 trotzte er, dass er sich zuerst als Internationalist, danach als Deutscher

und zuletzt erst als Österreicher fühle. Bei seinem Tod 1960 galt Friedrich Adler in der SPÖ als Unperson. Nachsatz zur AVOES: Im Ausland hatten die österreichischen Sozialisten aus verständlichen Gründen auf die Namensbehübschung Sozialdemokraten verzichtet.

Diese drei Belege sind klar und ausreichend, um die deutschnationale Gesinnung der Zwischenkriegs-Sozialdemokraten zu bezeugen. Es gibt aber jede Menge Beweise.

Die Ablehnung eines selbständigen Österreich

Die Ablehnung eines eigenen Staates Österreich und das Bekenntnis zu einem Anschluss an Deutschland durchziehen die sozialdemokratische Politik in der Zeit der Ersten Republik und darüber hinaus:

- Schon der Name Österreich wurde emotional als Fortsetzung der verhassten Habsburger-Monarchie („Haus Österreich“) nie wirklich akzeptiert.
- Das wichtigste Motiv war die Überzeugung, dass sich die angestrebte marxistische Weltrevolution auf einer so winzigen und international bedeutungslosen Bühne wie dem neu entstandenen Österreich nicht verwirklichen ließ.
- Demgegenüber war Dollfuß-Österreich der einzige Staat Europas, der konkrete politische und gesetzliche Maßnahmen gegen den Nationalsozialismus ergriffen hat: Während ganz Europa vor Hitler buckelte, wurde im Österreich des Engelbert Dollfuß die NSDAP in Juni 1933, fünf Monate nach der „Machtergreifung“ Hitlers verboten. Dieses Österreich, das von 1933 bis 1938 eine Zuflucht politisch und rassisch verfolgter deutscher Künstler und Intellektueller war, wurde vom gesamten Ausland in seinem Existenzkampf gegen die NS-Bedrohung im Stich gelassen.
- 1925 fand an der Wiener Ringstraße eine große Anschluss-Kundgebung statt, von der sich nur die Christlich-Sozialen distanzierten. Der sozialdemokratische Abgeordnete Leuthner stellte in seiner Rede klar: „Nie haben wir uns die österreichische Republik anders gedacht denn als vorbereitende Tat zum Aufbau der großen deutschen Republik.“ Das Wiener Rathaus hatte dazu die schwarz-rot-goldene deutsche Nationalflagge gehisst, und die Entscheidung für diese Beflaggung lag beim Wiener Bürgermeister: dem Bundesvorsitzenden der österreichischen Sozialdemokraten Karl Seitz, der diese Funktion vom Kriegsende 1918 bis zum gescheiterten Putsch 1934 ausübte.
- Erst recht war auch der „Republikanische Schutzbund“ großdeutsch orientiert und hatte in den 1930er Jahren immer konspirative Kontakte zu deutschen Nazi-Kreisen.
- Als die Christlich-Sozialen 1930 den Wunsch äußerten, dass nach Ende der täglichen Rundfunkübertragungen – wie in fast ganz Europa üblich – die Bundeshymne gespielt werden sollte, protestierten die sozialdemokratischen Vertreter im RAVAG-Beirat heftig dagegen und sahen darin eine „Beleidigung Deutschlands“.
- Der rote Wiener Stadtschulratspräsident Otto Glöckel ordnete 1930 amtlich das Singen des Deutschlandliedes („Deutschland, Deutschland über alles“) in allen Wiener Schulen bei feierlichen Anlässen an, „um so die nationale und republikanische Erziehung der Jugend zu fördern“.
- In diesem Jahr 1930 schrieb Karl Renner auch den Satz: „Wir sind ein großer Stamm der großen deutschen Nation, nicht mehr, aber auch nicht weniger.“
- Ein sozialdemokratisches Flugblatt im Schicksalsjahr 1934 in Salzburg titelte: „Von Schuschnigg geschlagen, von Hitler verraten. Was nun?“ Das kann doch nur heißen, dass die Sozialdemokraten ein Jahr nach der Machtübernahme und der Errichtung der KZs zunächst ihre Hoffnungen auf Adolf Hitler gesetzt hatten.
- Und Karl Renner attackierte 1937 in Paris die „Cevauer“: Sie waren nach seinen Worten „die Träger der Anti-Nazi-Politik“. Langsam zum Mitschreiben: Renner verurteilte (!) die CVer als „Träger der Anti-Nazi-Politik“. Ihn störte nicht die „Nazisierung“ Österreichs, sondern die „Anti-Nazi-Politik“ des katholischen CV.

Es brauchte den 2. Weltkrieg und „großdeutsche“ Erfahrungen, um den Anschlussgedanken aus den roten Gehirnen zu entfernen, und wie gezeigt, gelang es manchem nie. Es dauerte bis zum Jahr 1943. Dann sagte SP-Führer Adolf Schärf in einem persönlichen Kontakt mit dem deutschen Untergrund-Gewerkschafter Leuschner: „Der Anschluss ist tot.“ Zwei Jahre vor Kriegsende, und fünf Jahre nach dem deutschen Einmarsch in Österreich.

Dass die Sozialisten nach dem Kriegsende einen der glühendsten Anschlussbefürworter, nämlich Karl Renner, als Bundespräsidenten nominierten, und dass Karl Renner nach seiner Wahl durch den Bundesrat diese Funktion tatsächlich annahm, lässt sich wohl nur aus den Wirrnissen des Kriegsendes, der problembeladenen Befreiung und der Anwesenheit von vier Besatzungsmächten erklären.

4. Religionsfeindlich und geschichtsfälschend

Die absurdeste Verfälschung der Geschichte der Ersten Republik ist die immer wieder versuchte Zuschreibung der Schuld am deutschen Einmarsch 1938 an das christlich-soziale Lager. Während die offizielle Sozialdemokratie (im Gegensatz zu einigen weiter denkenden Gewerkschaftern) konsequent den Anschluss an Deutschland anpeilte, kämpften die Christlich-Sozialen unter schwersten Opfern für ein eigenständiges Österreich.

Bundeskanzler Dollfuß wurde im Juli 1934 von einem Nazi erschossen, und den dann hingerichteten Täter Otto Planetta rühmte man nach dem Anschluss als Märtyrer für Großdeutschland. Seine Bilder wurden unter Jugendlichen und Schulkindern (wie dem heutigen Autor) verteilt wie im Ständestaat Heiligenlegenden.

Der christlich-soziale Bundeskanzler Kurt Schuschnigg verbrachte alle sieben „großdeutschen“ Jahre im Konzentrationslager und hat nur durch einen Zufall die beabsichtigte Hinrichtung überlebt. Der sogenannte Prominententransport nach Dachau, der kurz nach dem Anschluss mit besonderer Brutalität exekutiert wurde, umfasste mit ganz wenigen (kommunistischen) Ausnahmen die Kernschichten der Christlich-Sozialen.

Die politische und administrative (und durchwegs katholische) Führungselite des Ständestaates wurde zerschlagen. Die 60.000 Menschen, die innerhalb der ersten vier Wochen nach dem Anschluss in die KZs verfrachtet wurden, das war ein bedeutendes Stück Österreich! Es umfasste mit den Familien vorsichtig geschätzt 500.000 persönlich betroffene und getroffene, meistens katholische Menschen, über deren Leid die linke Geschichtsschreibung bisher ohne jede Anteilnahme hinwegtrampelte.

In die KZs kamen auch immer mehr Angehörige der katholischen Geistlichkeit aller Ebenen, auch Ordensangehörige. Der Chefredakteur der Tageszeitung „Salzburger Chronik“, Prälat Leonhard Steinwender, schrieb über sein Schicksal das berührende Buch „Christus im KZ“. Für die Schilderung des zweijährigen Martyriums des Tiroler Provikars Carl Lampert, des ranghöchsten kirchlichen Opfers der NS-Mordjustiz in Österreich, brauchte die Historikerin Erika Weinzierl zwei volle Druckseiten, die sich nicht ohne starke innere Erregung lesen lassen. Abt Bernhard Burgstaller von Wilhering wurde ein Jahr nach seiner Verhaftung dem Hungertod preisgegeben.

1945 saß der katholische Bauernpolitiker und nachmalige erste österreichische Nachkriegs-Bundeskanzler Leopold Figl im Wiener Gestapo-Zentrum am Morzinplatz bereits in der Todeszelle. Heute werden alle damals im öffentlichen Leben tätigen Katholiken, und zwar Laien und Geistliche, einer den Fakten widersprechenden Verdammung ausgesetzt – eine schändliche Missachtung der Ermordeten und der meist schwer gezeichneten überlebenden Opfer.

„Die Orgel ist ein Parteiinstrument“

In der Ersten Republik galt allen marxistischen Schattierungen das Christentum als Gegner schlechthin. Zu Recht: Am Anfang war – was? Wer sich für den Materialismus entschieden hat, kann in seiner Gedankenwelt keinen Platz für einen Schöpfergott finden. Karl Marx: „Die Religion ... ist das Opium des Volkes“

Dieses Thema kann umfangsmäßig hier nicht beschrieben, sondern nur anekdotisch illustriert werden.

Das österreichische Rundfunkzeitalter begann 1924 mit noch nicht wirklich beherrschter Technik. Der Fortschritt ermöglichte aber bald die Übertragung von Musikveranstaltungen, was die ersten Dispute über ideologische Kulturfragen auslöste. Schon um 1930 versuchte ein sozialdemokratischer Abgeordneter Einfluss auf das Programm zu nehmen und protestierte gegen Orgelkonzerte.

Auf den Einwand der Politikferne der Musik antwortete er in breitem Wienerisch: „Hörn S’ ma auf, die Urgel is a christlich-soziales Parteiinstrument.“ 1930 opponierten die Sozialdemokraten zur Osterzeit gegen die Übertragung der Matthäus-Passion des – evangelischen – Johann Sebastian Bach.

Spätestens beim Rosenkranzfest im Oktober 1938 im Wiener Stephansdom wurde offenkundig, dass das NS-Regime keinen entschiedeneren Gegner hatte als die katholische Kirche. In der zwölfjährigen Hitler-Herrschaft 1933 bis 1945 in (Groß-)Deutschland wurde kein gleich starkes Zeichen gegen die NS-Unterdrückung gesetzt. Kardinal Innitzer reizte fünf Monate nach dem „Anschluss“ die nationalsozialistischen Machthaber, indem er im Wiener Stephansdom fast zehntausend Wiener Jugendlichen zurief: „Einer ist euer Führer. Euer Führer ist Christus.“ Zu einer Zeit, als 365 Tage im Jahr „Ein Volk, ein Reich, ein Führer“, nämlich Adolf Hitler, getrommelt wurde.

HJ warf einen Priester aus dem Fenster

Am nächsten Tag wurde das Erzbischöfliche Palais von 50 Hitler-Jungen verwüstet und ein Priester aus einem Fenster geworfen. Dieser musste eine Stunde mit gebrochenen Beinen unversorgt auf der Straße liegen. Die HJ brüllte „Die Pfaffen an den Galgen“ und „Zwei, drei, vier – Innitzer krepier!“ Auch tätliche Angriffe auf den Kardinal wurden versucht. Heute bemühen sich verspätete „Helden nach Ladenschluss“, diesen Protest zu bagatellisieren. Doch damals gab es in Österreich Hunderttausende katholische Helden des Alltags.

Die Linke sieht die Funktion der Kirche nach dem Ideal des Kleintierzüchtervereins „Hasenlieb“, der mit obrigkeitlichem Wohlwollen langjährige Mitglieder ehren darf, aber zu gesellschaftlichen Wertvorstellungen zu schweigen hat, weil ein linkes Weltbild und eine linke Politik unbestreitbar mit dem Christentum unvereinbar sind.

Und die Amtskirche schweigt heute tatsächlich – beispielsweise zu 75 sozialen Geschlechtern und zu „cheer“ und „woke“ und der Abwertung der Familien. So wird nun von beiden Seiten die staats-„freie Kirche“ in einem religions-„freien Staat“ verstanden. Doch der Verzicht auf den Anspruch, gesellschaftspolitische Positionen anzusprechen und zu verteidigen, besiegelt das Ende des christlichen Europas, in dem unbestritten war, dass der Mensch nicht nur von Brot allein lebt.

Kardinal Innitzer hat mit vatikanischer Billigung Taufscheine an Juden ausstellen lassen, um sie vor dem Tod zu retten. Priester, die viele solche Dokumente gefälscht und dabei ihr Leben aufs Spiel gesetzt haben, zählen nunmehr auch in der Kirche zu den „Austrofaschisten“.

Die einzige Widerstandsbewegung von Bedeutung auf österreichischem Gebiet war die christlich-bürgerlich geführte „O5“ – ein großes „O“ und die Zahl 5 für den fünften Buchstaben des Alphabets, nämlich E, zusammen also „OE“ wie Oesterreich.

Und aus dem KZ kamen zwei der ersten drei österreichischen Bundeskanzler nach der Befreiung, nämlich die Katholiken Leopold Figl und Alfons Gorbach von der ÖVP.

Nochmals zurück zu 1934. Nach der Niederschlagung des national-sozialistischen Juli-Putsches standen die Christlich-Sozialen vor der Monsteraufgabe, sowohl das Übergreifen der Diktatur Adolf Hitlers als auch die im Linzer Programm vorgezeichnete und im Schutzbund-Putsch offen angepeilte marxistisch-sozialistische Diktatur zu verhindern, zumal deren kommunistisches Vorbild in der Sowjetunion von den Zeitgenossen ja mitverfolgt werden konnte. Es kam in Moskau auch bald der Höhepunkt der stalinistischen Schauprozesse und der daraus resultierenden Justizmorde.

Ein Austrofaschismus, den es nie gab

Zweieinhalb Monate nach dem Ende der Februar-Kämpfe wurde von den Christlich-Sozialen versucht, das Problem Österreich mit der neuen, ständisch-autoritären „Mai-Verfassung“ zu lösen. Zur Erinnerung: 1924 wurde ein Mordanschlag auf Bundeskanzler Prälat Seipel verübt, 1926 im Linzer Programm die Erringung der gesamten Staatsmacht durch den Sozialismus gefordert, 1927 brannte der Justizpalast und wurde das Parlament angegriffen, 1931 lehnten die Sozialdemokraten die angebotene demokratische Beteiligung an der Regierung ab, weil man die sozialistische Diktatur nahe glaubte. Im Juni 1933, wenige Monate nach Hitlers Machtübernahme in Deutschland, wurde die NSDAP von Dollfuß in Österreich verboten, während im sozialdemokratischen Parteiprogramm die Anschluss-Forderung noch monatelang verankert blieb. Die Bilanz der Kämpfe im Februar 1934 waren 357 Särge.

2024, zum 90. Jahrestag der Erlassung der Mai-Verfassung 1934, wurden auch in einem kirchlichen Statement die getöteten Schützer des Staates verurteilt und die aufständischen Mörder entschuldigt. Bedeutende Persönlichkeiten wie Ignaz Seipel und Theodor Innitzer und in letzter Konsequenz auch die Päpste Leo XIII. (an den 2025 der neue Papst Leo XIV. bewusst anschloss) und Pius XI., die sich nicht gescheut hatten, zu staats- und gesellschaftspolitischen Fragen offen Stellung zu nehmen, verfielen einem konzentrierten und gelenkten Bannfluch, der wieder einmal im Vorwurf des „Austrofaschismus“ gipfelte, den die seriöse Geschichtsschreibung als politische Erscheinung längst abgetan hatte.

Die polemische Luftblase wurde nämlich 2024 wie in allen Wahljahren aus der historischen Mottenkiste geholt. Dieser nach dem Februar-Aufstand des Schutzbundes einmal von einer Bundesländer-Zeitung wiedergegebene Starhemberg-Gedanke aus einem der nicht näher benannten, stets uneinigen und 1936 entmachteten Heimatschutz-Zirkeln wurde weder von den Christlich-Sozialen noch von der Vaterländischen Front je aufgegriffen oder anerkannt, aber von den Sozialdemokraten und Kommunisten sofort auf das gesamte System des autoritären Ständestaates und seiner Vertreter übertragen. Seither wird sie konstant zur Herabwürdigung der politisch engagierten katholischen Laien und Amtsträger der 1930er Jahre missbraucht.

Wie Klone des literarischen Don Quijote, der sein Leben dem Kampf gegen Windmühlen widmete, richten die roten Nachwuchshistoriker, von der Erfolglosigkeit der gegenwärtigen Partei frustriert, die obsoleten „drei Pfeile“ der alten Sozialdemokratie pausenlos gegen das nie existent gewesene Gespenst „Austrofaschismus“.

Heute sind erfreulicherweise auch führende SPÖ-nahe Wissenschaftler zu realistischen Einschätzungen bereit. Oliver Rathkolb, der langjährige zeitgeschichtliche Ordinarius an der Wiener Universität, verzichtete 2025 in der aktualisierten und substanziell erweiterten Neuauflage seines vor zwanzig Jahren erschienenen Standardwerkes „Die paradoxe Republik“ auf den Begriff „Austrofaschismus“ und schrieb stattdessen über das „autoritäre Dollfuß-Schuschnigg-Regime“ und die „Kanzlerdiktatur“.

Das ist eine gravierende Richtungsänderung in der „Geschichte der Zeitgeschichte“ und könnte – fast ein Jahrhundert nach den tragischen Ereignissen der 1930er Jahre – endlich die Tür zur einer wirklichkeitsnahen Aufarbeitung aufstoßen.

Ein rein parteipolitischer Kampfbegriff bis heute

Wo „Austrofaschismus“ oder „Austrofaschisten“ darauf steht, ist reine Propaganda drinnen. Die Verwendung dieser parteipolitischen Kampfbegriffe ist wissenschaftlich unhaltbar, demokratisch unzulässig und hinsichtlich des zwischenmenschlichen Anstands unwürdig. Speziell die Sozialdemokraten wollen damit von ihrer eindeutig belegten Österreich-feindlichen, antidemokratischen, antikirchlichen und anschlussbegeisterten Rolle in der Zwischenkriegszeit ablenken.

Alle politischen Parteien, Lager und Gruppierungen haben sich seit eh und je in der Öffentlichkeit mit den selbstgewählten Namen ihrer jeweiligen Richtungen bezeichnet und wurden in der

Geschichtsschreibung so benannt, beispielsweise die Marxisten, Austromarxisten, Sozialdemokraten, Sozialisten, die Christlich-Sozialen, Konservativen, Liberalen, die Kommunisten, Bolschewiken, Sandinisten, Sowjets, Grünen, die Nationalsozialisten und italienischen Faschisten.

Keine gestaltungswillige politische Gruppierung hat je auf eine Definition verzichtet, mit der sie ihr Selbstverständnis dokumentiert. Die Christlich-Sozialen haben sich nie als Austrofaschisten beschrieben. Es existiert keine Lehre, kein Programm, kein Manifest, keine Charta, keine Erklärung, keine Organisation, einfach nichts, das sich austrofaschistisch nannte. Es gab nie ein austrofaschistisches Plakat oder einen Aufruf zu einer austrofaschistischen Veranstaltung und vor allem nie eine Austrofaschistische Partei. Mit einer nie existent gewesenem Ideologie konnte sich daher nie jemand identifiziert haben und niemand kann damit identifiziert werden.

Ein unwiderleglicher Beweis ist das Fehlen jeglichen „austrofaschistischen“ Schrifttums. Es gibt keine Literatur, kein Buch, keine Aufrufe, in denen ein solches Programm erklärt oder für ein solches Programm geworben wurde. Der Vorwurf eines „Austrofaschismus“ ist parteipolitische Agitation.

Es steht außer Zweifel, dass sich von 1918 bis 1938 keines der drei politischen Lager mit Lorbeeren bekränzt hat. Die Christlich-Sozialen hatten – unzulänglich und mit vielen menschlichen und zeitbedingten Schwächen behaftet – versucht, angesichts der gesamteuropäischen Orientierungslosigkeit nach dem Ersten Weltkrieg mit dem Ständestaat das Modell der revolutionären Sozialzyklika des Papstes Leo XIII. von 1891 in die politische Praxis umzusetzen. 1931 bekräftigte Pius XI. die Ideen von „Rerum novarum“ mit der Enzyklika „Quadragesimo anno“ und präsentierte sich mit seiner Enzyklika „Mit brennender Sorge“ von 1937 international als einer der frühesten und entschiedensten Gegner des Nationalsozialismus in der Welt.

Fehlende Charakteristika einer Diktatur

Sicher war die auf der ständischen Idee beruhende Mai-Verfassung 1934 kein Musterbeispiel demokratischer Rechtssetzung, doch unkommentiert mit dem Wort „Diktatur“ darüber hinweg zu gehen, verdient hinterfragt zu werden.

Der Wiener Historiker Friedrich Weissensteiner listete 1990 in seinem um Objektivität bemühten, Dollfuß durchaus distanziert gegenüberstehenden Buch „Der ungeliebte Staat“ etliche diskussionswürdige Kritikpunkte auf, kommt aber zu ganz wichtigen Schlussfolgerungen:

„... andererseits fehlten [der Dollfuß-Regierung] entscheidende Charakteristika der faschistischen Staatsideologie: es gab in Österreich keinen Diktator von der Machtfülle Hitlers oder Mussolinis, keine Verfolgung aus rassischen oder ideologischen Gründen, die Einzelpersonlichkeit wurde totalstaatlich nicht völlig vereinnahmt, imperialistisches Machtstreben war dem Regime schon aus Gründen der Kleinheit des Staatsgebildes und mangels militärischer Stärke verwehrt. Die politische Durchorganisation der Gesellschaft blieb an der Oberfläche haften ... Aus diesen Gründen wurde davon Abstand genommen, das ständestaatlich-autoritäre Regime als faschistisch oder, wie das häufig geschieht, als austrofaschistisch zu bezeichnen.“

In die gleiche Richtung zielte 2023 die Untersuchung „Faschismus?– Zur Beliebbarkeit eines politischen Begriffes“ von Anton Pelinka, dem gewiss keine Sympathie für das damalige Regime nachgesagt werden kann.

Nach der Feststellung dieses Politikwissenschaftlers fehlten dem autoritären Ständestaat „Momente, die beispielsweise dem italienischen Faschismus innewohnen, wie die Massenbewegung“.

Wobei zu allen kommentarlosen Vorwürfen einer Dollfuß-Diktatur zu ergänzen ist, dass sie als gefährliche Verharmlosung der Verbrechen der Diktatoren Stalin und Hitler und in der Folge Mao missverstanden werden können.

Mit den hier vorgelegten Beweisen scheint das historische Umfeld hinlänglich ausgeleuchtet. Doch sogar einst als seriös geltende Medien faseln noch immer von einer „blutigen“ Dollfuß-Diktatur. Sie

nennen aber keine Zahl, wie viele Menschen nach Einführung der Mai-Verfassung unter Dollfuß zu politischem Tode gekommen sind, und nennen auch keine dazugehörige Namen. Weil es keine gibt. Doch im Fanatismus stecken gebliebene Zirkel an den heutigen Universitäten und deren Umfeld können sich noch immer nicht mit dem Scheitern des Putschversuches 1934 abfinden, der ja zugegeben in eine marxistische Diktatur münden sollte (die einen Vorgesmack auf die späteren stalinistischen Volksdemokratien gegeben hätte).

Ausgerechnet das offizielle Organ der Erzdiözese Salzburg, das „Rupertusblatt“, verwendete im Frühjahr 2024 in einem Bildtext den mit großem Anfangsbuchstaben geschriebenen Begriff „Faschistische Verfassung“ als offizielle Bezeichnung. Niemand kann jedoch ein Bundesgesetzblatt vorlegen, in dem ein Verfassungsgesetz dieses Namens kundgemacht wurde. Die Wahrheit hatte immer schon einen schweren Stand – heute hat sie überhaupt keinen mehr, auch nicht in Teilen der Amtskirche bis hin zur sinnfreien Selbstverstümmelung.

„Verfassung 1934. Im Namen Gottes, des Allmächtigen, von dem alles Recht ausgeht ...“ – so und nicht anders lautet der Beginn der Mai-Verfassung im Bundesgesetzblatt vom 1. Mai 1934. Dass es so etwas wie die autoritäre Mai-Verfassung 1934 vor dem Putschversuch nicht gegeben hat, ist offenkundig. Dass ein solches Grundgesetz auch ohne den 12. Februar 1934 gekommen wäre, gehört zu den agitatorischen Sandkistenspielen und wurde, wie aus dem erwähnten Zitat hervorgeht, auch von Bruno Kreisky ausgeschlossen.

Die unerträglichste historische Verfälschung

Wäre 2024 kein Wahljahr gewesen, hätte das 90jährige „Jubiläum“ der Maiverfassung 1934 als Anlass kaum Beachtung gefunden. Das öffentliche Echo hielt sich ohnehin in Grenzen.

Ob man den beim Nazi-Putsch am 25. Juli 1934 ermordeten Bundeskanzler Engelbert Dollfuß als Märtyrer sieht oder, wie in linken Gefühlswolken gelegentlich vorkommend, seinen Tod mit „klammheimlicher Freude“ registriert wie Deutschlands linke Intellektuelle die RAF-Morde, ist eine sehr persönliche Einschätzung. Unbestreitbar hat Dollfuß, wie Gerhard Hartmann klarstellte, einen früheren und damit nicht mehr umkehrbaren Anschluss Österreichs an Deutschland verhindert, was manche – allerdings eher nach rechts orientierte – Kreise noch heute beklagen.

Unerträglich aber ist der noch in der Gegenwart öffentlich erhobene Vorwurf, der 1934 dekretierte autoritäre Ständestaat hätte den Hitler-Einmarsch 1938 verschuldet. Es gehört zu den ungeheuerlichsten Verfälschungen der Tatsachen, gerade jenem Lager die Schuld anzulasten, das unter den größten Opfern an Menschenleben, an Verfolgung und an Eigentum gegen den Anschluss gekämpft hat.

Damit wird nämlich auch unterstellt, dass katholische Geistliche und Amtsträger mit ihren vielen Märtyrern und die katholischen Laien in den politischen Vertretungen mit ihren vielen Märtyrern – wie tatsächlich in einem kirchlichem „Statement“ zu lesen war – „Österreich in Richtung des mörderischen Abgrunds der nationalsozialistischen Diktatur und des Weltkriegs“ geführt hätten.

Es gab keinen Zeitpunkt in der Geschichte, zu dem Hitler von der in seinem Buch „Mein Kampf“ angekündigten „Heimholung“ Österreichs ins Reich hätte abgehalten werden können. Auch wenn Christlich-Soziale und Sozialdemokraten (deren Führung dazu gar nicht bereit gewesen wäre) ab Hitlers Machtergreifung am 30. Jänner 1933 Schulter an Schulter um die Selbständigkeit Österreichs gekämpft hätten und die Republik eine Musterdemokratie gewesen wäre, hätte Hitler angesichts eines völlig desinteressierten Europas und der militärischen Wehrlosigkeit des Kleinstaates den Anschluss vollzogen.

Hitler überrannte Polen, marschierte durch Belgien und die Niederlande, besiegte in einem Blitzkrieg Frankreich und rückte in der Sowjetunion bis Moskau vor. Das schwache Heer Österreichs hätte nie den geringsten Widerstand leisten können.

>

So war die Zeit

Das sind die dokumentierbaren Tatsachen: Die Sozialdemokraten/Sozialisten haben den Anschluss an Deutschland nicht nur in ihrem Parteiprogramm 1926 als Vollendung der nationalen Revolutionen nach dem Ersten Weltkrieg verankert und die Bemühungen zur Erhaltung der österreichischen Selbständigkeit sabotiert, sie begrüßten den Anschluss sogar „aus vollem Herzen“ wie Karl Renner.

Otto Bauer forderte im belgischen Exil kurz nach dem deutschen Einmarsch, dass der Anschluss nicht rückgängig gemacht werden dürfe. Sein Nachfolger Friedrich Adler verhinderte während des Krieges als Leiter der Auslandsvertretung der österreichischen Sozialisten (AVOES) jede gemeinsame Initiative zur Wiederherstellung eines unabhängigen Staates.

Viele Sozialisten blieben 1938 vor der Verfolgung durch die Nationalsozialisten anfangs verschont. Lediglich einige sozialdemokratische Gewerkschafter wie beispielsweise Franz Olah und Friedrich Hillegeist waren offene und mutige Anschlussgegner und landeten dementsprechend bald im KZ.

Ein persönlich mehrfach betroffener Zeitzeuge, der dem KZ in letzter Sekunde und auch für selbst ihn rätselhaft gebliebene Weise entkommene Tiroler Diözesanbischof Reinhold Stecher blickte neunzigjährig in seiner autobiographischen „*Spätlese*“ mit vier Worten zurück: So war die Zeit.

Wer heute mit austrofaschistischen Steinen wirft, hat die Lehren dieser Zeit nicht verstanden.

Die mit parteipolitischen Verfälschungen zugemüllte Geschichte der Ersten Republik muss aber endlich einmal vom Ballast der unerträglichen Unwahrheiten befreit werden. Mit aller gebotenen Deutlichkeit.